

**Richard Detje / Wolfgang Menz /
Sarah Nies / Dieter Sauer / Joachim Bischoff**

Krisenerfahrungen und Politik



**Der Blick von unten auf Betrieb,
Gewerkschaft und Staat**

Richard Detje/Wolfgang Menz/
Sarah Nies/Dieter Sauer/Joachim Bischoff
Krisenerfahrungen und politische Orientierungen

Richard Detje ist Mitarbeiter von WISSENTransfer (Wissenschaftliche Vereinigung für Kapitalismusanalyse und Gesellschaftskritik e.V.) und Redakteur der Zeitschrift Sozialismus.

Wolfgang Menz ist Sozialforscher am Institut für Sozialwissenschaftliche Forschung (ISF) in München.

Sarah Nies ist Sozialforscherin am ISF in München.

Dieter Sauer ist Sozialforscher am ISF und Honorarprofessor für Soziologie an der Friedrich-Schiller-Universität Jena.

Joachim Bischoff ist Mitarbeiter von WISSENTransfer und Mitherausgeber der Zeitschrift Sozialismus.

Richard Detje / Wolfgang Menz /
Sarah Nies / Dieter Sauer / Joachim Bischoff

Krisenerfahrungen und politische Orientierungen

Der Blick von unten auf Betrieb,
Gewerkschaft und Staat

VSA: Verlag Hamburg

Diese Veröffentlichung erfolgt mit freundlicher Förderung der Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin.

www.vsa-verlag.de

www.isf-muenchen.de

www.wissentransfer.info

Das vorliegende Buch basiert auf einer Befragungsstudie (»Krisenerfahrungen und Politik. Eine qualitative Befragung von Vertrauensleuten, Betriebs- und Personalräten aus Produktion und Dienstleistung«), die von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und der Wolfgang-Abendroth-Stiftungsgesellschaft finanziell unterstützt wurde. Beiden möchten wir an dieser Stelle ausdrücklich danken.

An der Konzeption und Durchführung der Erhebung waren neben dem Autorenteam Sandra Kawalec vom Institut für Sozialwissenschaftliche Forschung e.V. – ISF München und Lutz Eichler von der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg maßgeblich beteiligt. Sandra Kawalec hat darüber hinaus das umfangreiche empirische Material kodiert und an der Auswertung mitgearbeitet. Beiden möchten wir herzlich danken. Die gewohnt sehr sorgfältige Transkription übernahm Rita Stark.

Darüber hinaus gilt unser ganz besonderer Dank all jenen, die wir im Rahmen der Studie befragen durften und die sich ausführlich Zeit für uns genommen haben, sowie allen, insbesondere unseren Kolleg_innen aus der IG Metall und von ver.di, die uns die Erhebungen im Anschluss an gewerkschaftliche Veranstaltungen ermöglicht haben.

Inhalt

1. »Krisenbewusstsein« im Licht demoskopischer Befunde	7
2. »Krise ohne Konflikt?« – Befunde der ersten Studie	13
3. Krisenbewusstsein und Politik – die Nachfolgestudie	19
3.1 Fortgang der Krise	21
3.2 Blick auf das politische Feld	27
3.3 Erhebung, Erhebungsmethoden und Untersuchungsfeld	34
4. Befunde	43
4.1 Krisenbewusstsein 2010–2012	43
Krise? Boom? Krise?	43
Krise für wen? Die Interessendivergenzen bleiben	48
Gesundheit und Erziehung – der politisch vermittelte Charakter der Krise	50
Unsichere Ökonomie – persönliche Gelassenheit	54
Zwischenfazit: mehrschichtige Krisenwahrnehmungen und die Überlagerung von Normalität und Krise	60
4.2 Im Aufschwung: Von der Arbeitsplatzbedrohung zur Arbeitskraftgefährdung – »permanente Krise« verschärft	63
Die Extensivierung der Arbeitszeiten nach der Krise	64
Leistungsintensivierung – alte und neue Ursachen	68
Leiharbeit: Entschärfung der Spaltung?	77
4.3 Interessenpolitik: zwischen Passivität und Revitalisierung	86
Wenig Druck von unten – Aktivierung von oben?	86
Der »Wut-Streik« der Erzieher_innen	93
Revitalisierung	98

4.4 Staat, Parteien und politisches Mandat	100
Der Staat der anderen – zur Rolle staatlicher Politik	100
Distanz zum politischen Feld – die Rolle von Parteien	111
»Unabhängigkeit von der Politik« – das politische Mandat der Gewerkschaften	117
4.5 »Wir können uns wehren, wir tun es nicht« – Zwischen Revolte und nicht genutzter Organisationsmacht ...	122
5. Fazit: Zwischen Betriebsalltag und Systemkritik	130
Die permanente Krise dauert an	130
Von der Arbeitsplatz- zur Arbeitskraftgefährdung	131
Unsichere Ökonomie – persönliches Selbstvertrauen	132
Krise als machtpolitische Inszenierung	133
Trotz Fragmentierung ähnliche arbeitspolitische Zumutungen.....	134
Politisierung prekärer Beschäftigung	136
Das Mobilisierungsdilemma industrieller Arbeit	137
Neue Mobilisierungsperspektiven in sozialen Dienstleistungsfeldern	138
Autonome Gewerkschaftspolitik mit Distanz zum politischen Feld	139
Ent-Legitimierung der institutionellen Politik	140
Der Staat »der anderen«	141
Systemisch verriegelte Verhältnisse – ein Objekt der Aufklärung	142
6. Literatur	144

1. »Krisenbewusstsein« im Licht demoskopischer Befunde

Das Bild, das repräsentative Meinungsumfragen von der Stimmungslage der Bundesbürger zeichnen, vermittelt widersprüchliche Zukunftserwartungen. »Jeder zweite Deutsche (49%) verbindet mit dem Jahr 2013 vor allem Hoffnungen, lediglich bei 16% überwiegen Befürchtungen«, hat das Institut für Demoskopie in Allensbach (2012a) ermittelt. Sicher: Je nach sozialer Lage sind die Erwartungen unterschiedlich verteilt. In den unteren Einkommensklassen überwiegen Skepsis und Befürchtungen, bei den Besserverdienenden ist Zuversicht vorherrschend. Aber unter dem Strich verhaseln einer deutlichen relativen Mehrheit weder die Krise in Europa noch die unsichere globale Wirtschaftskonjunktur eine zuversichtliche Stimmung. So scheint es.

Doch wie ist zu erklären, dass in derselben Umfrage die »Mehrheit davon überzeugt (ist), dass der schlimmste Teil der Krise noch bevorsteht«? Der Kommentar aus Allensbach: »Eine wesentliche Erklärung für den Optimismus ist, dass die Schuldenkrise in Europa die Deutschen bisher kaum erreicht und für sie eher ein virtuelles Ereignis ist«, von dem sie »auch in absehbarer Zeit nicht betroffen« sein werden. Aber worin ist dann der Krisenpessimismus begründet?

In der Tat: Die Stimmungslage in Deutschland hebt sich deutlich von der in anderen Ländern Europas ab. Dort erwarten Mehrheiten gesellschaftlich wie individuell schwere Zeiten. Die massive Verschlechterung der sozialen Verhältnisse führt dort zu Protest und Widerstand, aber auch zu stark ausgeprägten Zukunftsängsten. Am deutlichsten in Griechenland. Dort bewerten 97% der Bevölkerung ihre Lage angesichts von Rekordarbeitslosigkeit, Einkommens- und Rentenkürzungen unter Existenzniveau sowie kollabierendem Gesundheitssystem als (sehr) schlecht (IGB 2012). Vergleichbar und wenig überraschend präsentieren sich die anderen so genannten Krisenstaaten: Spanien, Portugal, Irland und Italien, aber auch Litauen.

Die divergierenden Reaktionen im europäischen Krisenprozess sind – so die demoskopische Hypothese – vor allem auf die unterschied-

liche *persönliche* Betroffenheit der Bevölkerung zurückzuführen. Diese sei in Deutschland infolge erfolgreicher Beschäftigungssicherung und einer schnell wieder einsetzenden wirtschaftlichen Belebung insgesamt geringer gewesen als in der ersten Hälfte des vergangenen Jahrzehnts, als eine längere Phase der ökonomischen Stagnation und die Politik einschneidender Sozialkürzungen im Rahmen der Agenda 2010 das Alltagsleben prägten. Hier ist eine Struktur von Alltagsbewusstsein angesprochen, der es auch in unserer Studie nachzugehen gilt: der Differenz zwischen der Bewertung der individuellen Situation und der gesellschaftlichen Lage.

Eine zweite Differenz gilt es zu beachten, wenn die Umfrageforschung nach Erwartungshaltungen und Perspektiven fragt. Jahresausblicke beziehen sich zumeist auf den kurzfristigen Zeithorizont; die Verlängerung der Gegenwartssituation bzw. Reaktionen auf aktuelle Gefährdungen stehen hier eher im Vordergrund. Eine stabile oder positive Entwicklung in vorangegangenen Monaten schlägt sich so in einem positiven Ausblick nieder. Anders kann es aussehen, wenn nach entfernteren Zukunftserwartungen gefragt wird, in die dann auch längerfristige Erfahrungen eingehen und Krisenlagen stärker mit einbezogen werden. Demoskopische Befunde changieren hier stark.

Schließlich eine dritte Differenz. Düstere Zukunftserwartungen – das dokumentiert die Umfrageforschung – zeigen sich vor allem in der Generationenperspektive. Progress war eine Konstante des Alltagsbewusstseins in der Nachkriegsentwicklung gewesen. Erfahrungen von Arbeitsleid und sozialer Ungerechtigkeit wurden lange als überwindbar und damit vorübergehend angesehen – wenn schon nicht für die eigene, so doch für die nachfolgende Generation. Sozialer und ökonomischer Fortschritt – in welchem Schnecken tempo auch immer – wurde zumindest im familiären Kontext zu einer greifbaren, an den beruflichen und gesellschaftlichen Perspektiven der Kinder ablesbaren Erfahrung. Heute glaubt »gerade noch jeder zehnte Deutsche, dass seine Kinder es einmal besser haben werden als er«.¹ Dabei ist das Bildungs-

¹ Boston Consulting Group, WELT online, 11.6.2012. Siehe ebenso IGB 2012: 8. Dieser Umfrage zufolge sind in der Spitze 93% der Franzosen der Meinung, dass die künftige Generation es schlechter haben wird, vor Deutschland mit 85% – und vor Griechenland, Großbritannien und den USA mit 77-79%. Literarisch ist dies verarbeitet von Paul Auster: *Sunset Park*, New York 2012. »Es handelt von diesen jungen Menschen, um die ich mich sehr Sorge. Die Wirtschaft ist am Boden, Jobmöglichkeiten sind nicht mehr, was sie waren. Das Schlimmste, was wir unseren

kapital – in der schulischen, beruflichen und universitären Ausbildung – gestiegen; es öffnet jedoch immer öfter nur noch für Minderheiten Zugänge zu sozialem Aufstieg und kontinuierlicher Reproduktion. »Die zeitdiagnostischen Schlüsselbegriffe ... lauten: Wohlstandspolarisierung, Leistungs- und Bildungsdruck, Prekarisierung des Arbeitsmarktes, Eigenverantwortung, Entstandardisierung von Lebensläufen, Sozialisation in Eigenregie, Digitalisierung, Entgrenzung von Jugend, multikulturelle Vielfalt.« (Calmbach u.a. 2012: 14f.) Statt Fortschritt prägen sozialer Abstieg und Prekarität den Lebensalltag wachsender Teile der jüngeren Generation.

In der Wahrnehmung des Großteils der Bevölkerung werden diese Tendenzen als größer werdende Gerechtigkeitslücke verarbeitet. Zwei Drittel der bundesdeutschen Bevölkerung sieht diese Entwicklung kritisch, nur sieben Prozent der Befragten glauben, dass soziale Gerechtigkeit in den vergangenen drei, vier Jahren zugenommen habe; fast 70% sehen die wirtschaftlichen Verhältnisse hierzulande als nicht gerecht an (Institut für Demoskopie 2013). Das gilt für die Arbeitsplatzgefährdung, das Risiko, sozial abzusteuern, den zunehmenden Leistungsdruck und die wachsenden Unterschiede beim Einkommen und Vermögen. Hierhin gehört auch die Kritik, die Bürger würden in einem marktwirtschaftlichen System lediglich als Produktionsfaktor Arbeit gesehen und weniger als Person. 2005 hielten dies 66% der Bevölkerung für einen Schwachpunkt der Marktwirtschaft, 2012 vertreten immerhin noch 58% diese Einschätzung. Die Kritik an einer zunehmend auseinanderklaffenden Schere in der Einkommensentwicklung und verstärkt gesundheitsgefährdendem Leistungsdruck wird heute deutlich stärker geäußert. 2005 hielten 64% die Kritik für berechtigt, im Rahmen des deutschen Wirtschaftssystems entwickelten sich zu große Einkommensunterschiede, heute 70%.

Fazit der demoskopischen Befunde: Vor dem Hintergrund einer teilweise kräftigen wirtschaftlichen Erholung in den Jahren 2010-2012 in

Kindern antun, ist, dass Bildung so teuer gemacht wurde, dass nur noch die Reichen der Reichen sie bezahlen können. (...) Studenten müssen Darlehen aufnehmen; wenn sie fertig sind, lasten auf ihren Schultern Schuldenberge. Schulden aber machen Leute furchtsam. Sie beengen die Aussichten, wo sich für die jungen Menschen die Straße öffnen sollte. Ich rede von Millionen junger Leute.« Dies ist ein geteiltes Land. Der amerikanische Autor Paul Auster spricht über seinen neuen Roman *Sunset Park* und über Amerika vor der Präsidentenwahl im Herbst, in: DIE ZEIT vom 19.7.2012, S. 43.

Deutschland dominiert eine positive Einschätzung der *aktuellen* wirtschaftlichen Lage, während sich die *Zukunftserwartungen* (seit August 2010) verschlechtern.² Wie das eine mit dem anderen vermittelt ist, bleibt in der Demoskopie im Dunkeln. Zur Differenz in der zeitlich-perspektivischen Wahrnehmung kommt eine bedeutsame Unterscheidung in der individuell-gesellschaftlichen Perspektive. So wird die eigene Lage generell positiver bewertet als die der nationalen Wirtschaft. Und schließlich gehen auch internationale Vergleiche in die Bewertung der eigenen Situation wie der nationalen Wirtschaft ein, also die Frage, wie sich die Situation relativ zu anderen Ländern entwickelt.

Demoskopische Befunde präsentieren Stimmungen, deren Konsistenz, Widersprüchlichkeit oder Zusammenhänge offen bleiben. Ihr Interpretationsbedarf ist immens, aber schwer einzulösen. Qualitative Befragungen können hier tiefer gehen.³ Das gilt zum Beispiel, wenn sich im Krisenverlauf Kristallisationspunkte, Ebenen und sektorale Schwerpunkte verändert haben – von einer Immobilienkrise über eine Banken- und Finanzmarktkrise zu einer Krise der Realwirtschaft und der Arbeitsmärkte bis hin zu einer Staatsschulden- und Währungskrise. Dies alles unter dem Oberbegriff »Krise« zu fassen, ist schwierig, wenn es kein generalisiertes Verständnis dieser Entwicklung gibt – wie wir in unseren Gruppengesprächen und Interviews im Frühjahr 2010 noch unter dem frischen Eindruck des ökonomischen Absturzes in den Betrieben mit gewerkschaftlichen Vertrauensleuten und Betriebsräten aus der Metall-, Elektro- und Textilindustrie erfahren haben (Detje u.a. 2011a).

Unser zentraler Einwand gegen die vorliegende Demoskopie zum »Krisenbewusstsein« geht aber über deren widersprüchliche Befunde hinaus. Eines der Hauptprobleme besteht aus unserer Sicht darin, dass die arbeitsgesellschaftliche Realität der Krisenwahrnehmungen nicht einbezogen wird. Da werden Bedeutung, Auswirkungen, Betroffenheit und Perspektiven von ökonomischer Entwicklung abgefragt und einer der zentralen Orte der Krise, die betriebliche Realität, ausgeklammert. Was »Krise« ist, hängt aber maßgeblich davon ab, wie die Instabilität des Arbeitsverhältnisses, die betrieblichen Leistungsbedingungen, die Fle-

² Infratest dimap: ARD Deutschlandtrend, August 2012.

³ So werden in den Kurzstatements, die in den Repräsentativbefragungen präsentiert werden, oft Stimmungslagen abgefragt. Die Fragestellungen sind allerdings nicht präzise und lassen unterschiedliche Interpretationen zu. Damit können in scheinbar gleichlautenden Antworten durchaus unterschiedliche Inhalte transportiert werden.

xibilität des Arbeitsregimes und damit die betrieblich-unternehmenspolitischen Reaktionen auf die Kontraktion externer Märkte erfahren werden. Ohnedies hängen repräsentative Befragungen gleichsam »in der Luft« – es fehlen der spezifische Ort und das arbeitgesellschaftliche Fundament von »Krise«.⁴

Dieser Generalvorbehalt ist selbstverständlich zu differenzieren: Je weiter entfernt von der betrieblichen Realität Krisenerscheinungen abgefragt werden, umso mehr ist er zu relativieren. Fragen zur »Staatschuldenkrise« sind mehr auf der Achse der gesellschaftlichen und politischen Wahrnehmung verortet, die den »Citoyen« in seiner generalisierten Wahrnehmung im Fokus haben. Aber bereits die zeitlichen Dimensionen von »Krise« sind ohne die Beleuchtung von Arbeitserfahrungen nicht mehr seriös zu erheben – das ist eines der wichtigen Ergebnisse unserer qualitativen Befragungen aus dem Jahr 2010. Zwischen diesen Wahrnehmungsebenen wiederum liegen keine Gräben, sondern gibt es – zweifellos schwer zu dechiffrierende – Übergänge und Vermittlungsformen. Unsere These: Eine aus der betrieblich-unternehmenspolitischen Erfahrung abgeleitete Sicht eines nicht nur kurzfristigen, gleichsam eruptiven, sondern langfristigen, »permanenten« Krisenprozesses ist einer der Faktoren für eine eher pessimistische Zukunftsperspektive unabhängig von aktueller Krisenbetroffenheit.

⁴ »Verliert man die Teilung und Neuzusammensetzung gesellschaftlicher Arbeit aus dem Blick, wird man auch die Spannungen und Reibungen nicht entdecken können, die dieser Prozess erzeugt. Es wäre ein Rückfall hinter den Diskussionsstand der 1980er Jahre, wollte man behaupten, alltägliche Gesellschaftskritik speise sich vorwiegend oder gar ausschließlich aus den Erfahrungen mit Lohnarbeit im betrieblichen Kontext. Wie die Arbeit, so hat sich auch das alltägliche Leiden an der Gesellschaft (Bourdieu u.a. 1997) ausdifferenziert. Es kann jedoch kein Zweifel daran bestehen, dass Gesellschafts- und Kapitalismuskritik selbst im Alltagsbewusstsein der »ruhigen« Deutschen weit verbreitet sind. ›Adressatenlose Wut« (Detje u.a. 2011) und Ungerechtigkeitsempfinden gehen mit massiven Zweifeln an der Zukunftsfähigkeit des Kapitalismus einher (Dörre u.a. 2011).« (Dörre u.a. 2012: 499) Die auch in demoskopischen Befragungen deutlich zutage tretende Kapitalismuskritik speist sich aus Erfahrungen sozialer Ungerechtigkeit, aber eben auch aus – demoskopisch nicht erhobenen – wachsenden Zumutungen bis hin zu erfahrenem Leid sowie existentieller Unsicherheit bei der Infragestellung von Arbeitsplatz und Qualifikation. Die Aufgabe des nicht Zurückfallens »hinter den Diskussionsstand der 1980er Jahre« bestünde gerade darin, die Zusammenhänge oder Vermittlungsglieder der verschiedenen sozio-ökonomischen Verhältnisse zu rekonstruieren, gleichsam als Strukturelemente von Alltagsbewusstsein.

Bevor wir auf die Ergebnisse unserer neuen Befragung zum Krisenbewusstsein und dessen politische Dimensionen eingehen, wollen wir die zentralen Ergebnisse der Vorgängerstudie zusammenfassend präsentieren – nicht zuletzt um Veränderungsprozesse und Kontinuitäten abschätzen zu können.